

Die rosarote Legende vom Sparzwang...

Situation der Berliner Hochschulen

2005 laufen die aktuellen Hochschulverträge aus. Der Senat will bei den Universitäten Einschnitte in Höhe von 75 Mio € vorzunehmen. Diese Pläne sind einer Zerstörung der Hochschul Landschaft gleich. Bei dieser Einsparsumme sind tausende Personalstellen in Gefahr. Wowereit sprach offen von der Einführung genereller Studiengebühren ab erstem Semester. Mit Wissenschaftssenator Flierls (PDS) Studienkonten sollen ab 2005 10 Mio € in der Haushaltskasse versenkt werden.

Für uns ist klar, dass solche Pläne nicht ohne Widerstand hingenommen werden dürfen. In den Universitäten ist die Stimmung umgeschlagen.

Die Stimmung bei den Beschäftigten ist auf dem Nullpunkt. Studentische Vollversammlungen an HU, FU und TU beschlossenen den Ausstand. Spontandemonstrationen, hunderte kreative Aktionen oder öffentliche Lehrveranstaltungen rücken die Problematik ins Bewußtsein der Öffentlichkeit.

Finanzkrise

Die Proteste geschehen vor dem Hintergrund einer allgemeinen Finanzkrise von Bund, Ländern und Kommunen, wobei die Lage in Berlin besonders prekär ist. Der Schuldenberg in Berlin beläuft sich zur Zeit auf über 40 Mrd €. Täglich werden 6.000.000 € an Zinsen gezahlt. Die Neuverschuldung übersteigt die Investitionen deutlich. Damit ist der Haushalt verfassungswidrig. Der Rechnungshof bescheinigt in seinem Jahresbericht 2002, dass sich Berlin in einer extremen Haushaltsnotlage befindet. Die Rolle des „eisernen Haushaltkonsolidierers“ kommt Finanzsenator Sarrazin zu. Ein besserer Titel wäre wohl „Elefant im Porzellanladen“. Jede öffentliche Einrichtung wird zur Zeit massiv unter „Sparzwang“ gesetzt. Die Rede ist davon, dass in dieser Situation jeder den „Gürtel enger schnallen“ muss. Das Problem dabei ist nur, dass sich dieser „Gürtel“ bei vielen Einrichtungen nicht am Bauch, sondern am Hals befindet.

Welche Ursachen hat diese Misere und wie kommt man da wieder raus?

Eine umfassende Analyse kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, aber einige Punkte treten deutlich hervor. Die

Ursachen der finanzpolitischen Krise lassen sich in zwei Hauptstränge gliedern. Da sind zum einen die berlin-spezifischen Probleme und zum anderen die Ursachen, die bundesweit zu einer Krise der öffentlichen Haushalte geführt haben.

Auf Berliner Ebene gibt es „personelle Faktoren“ wie Korruption, skrupellose Geschäftemacherei, Größenwahn und Machtgeilheit. Zum Anderen trug die besondere Lage Berlins als „Frontstadt“ im Kalten Krieg zu einer massiven staatlichen Subventionierung bei, die nach 1990 schlagartig eingestellt wurde. Dazu kam die neoliberale Planierung der ostdeutschen Industrie.

Filz und Korruption in Berlin

Ein krasses Beispiel für Filz und räuberischem Umgang mit Steuergeldern ist die Risikoübernahme der Berliner Bankgesellschaft in Höhe von 21,6 Mrd €. Normalerweise haften bei Risikogeschäften die Investoren mit ihrem eigenen Kapital. Anders bei der Bankgesellschaft: Durch die Zusammenlegung von staatlichen Banken (Landesbank Berlin, Sparkassen) mit Privatbanken in einem Unternehmen haftet die Berliner Bevölkerung für die Fehlinvestitionen der Kapitalisten. Die Anteilseigner an den Immobilienfonds dagegen kassieren bis zu 8% Zinsen über 25 Jahre, staatlich garantiert: „Neoliberalismus“ mal ganz anders! Die viel beschworene *invisible hand* des Marktes gilt wohl nur, wenn es darum geht, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren und bei Sozialkahlschlag. Statt der Ideologie des Sachzwangs ist hier eine politische Entscheidung zu treffen: Was ist für die Mehrheit der Menschen wichtiger? Die Zinsgarantien für zumeist sehr reiche Fondseigner oder die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen wie Bibliotheken, Jugendeinrichtungen, Kitas, Krankenhäuser, Schwimmbäder und Universitäten!

Ein anderes Beispiel für Sozialpiraterie ist die Privatisierung der Gas- und Wasserwerke: Horrende Verlustgeschäfte werden und wurden hier über den Staatshaushalt ausgeglichen.

Betroffen davon ist jedeR Einzelne in der Stadt. Die Solidarität unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, ob Erwerbslose, öffentlich Beschäf-

tigte, Studierende, SchülerInnen, ErzieherInnen oder LehrerInnen – der *gemeinsame* Widerstand gegen die Prioritätensetzung der herrschenden Klassen ist entscheidend für unseren Erfolg.

Die besondere Lage Berlins

Als ehemals geteilte Stadt mitten in Ostdeutschland ergibt sich für Berlin eine besondere wirtschaftliche Situation: Hatten vor dem Krieg noch über 2/3 der großen Banken ihren Hauptsitz in Berlin, so war es 1955 in West-Berlin keine einzige mehr. Von den hundert umsatzstärksten Unternehmen der BRD hatte außer die Firma Schering keine ihren Sitz in West-Berlin. Zusammen mit der Deindustrialisierung des Ostens durch die neoliberalen „Wirtschaftskonzepte“, ergibt sich hier eine Situation, die eine spezielle Unterstützung unabdingbar macht, z.B. durch den Bund oder ein Zinsmoratorium.

Rot-Grüne Steuerpolitik auf Bundesebene

Auf Grund der im Jahr 2000 durchgeführten Unternehmens- und Einkommenssteuerreform, deren zweite Stufe auf Druck der Unternehmerverbände vorgezogen wurde, wurden die Steuereinnahmen extrem reduziert. Rot-Grün verzichtete durch diese Reform und der abgeschafften Vermögenssteuer nach Gewerkschaftsangaben auf Einnahmen von rund 50 Mrd €!

Allein in Berlin reduzierten sich durch die Abschaffung der Körperschaftssteuer zwischen 2000 und 2001 die Einnahmen um 875,9 Mio €. Die Reduzierung der Gewerbesteuer brachte einen Fehlbetrag von 125 Mio €. Die Finanzierung der Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen wäre ohne diese Ausfälle mehr als gesichert.

Warum diese widersinnigen Maßnahmen?

Es lassen sich objektive und subjektive Gründe finden, objektiv haben wir die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes angesichts akuter „Überproduktion“, sowie fallender Profitraten auf Grund zunehmender Rationalisierung und Automatisierung der Produktionsmittel (Investitionskosten sind hoch, die Produkte sind billig).

Subjektiv haben wir in Deutschland eine

unterentwickelte Kampfbereitschaft der ArbeiterInnenklasse, die unter rot-grün durch die Gewerkschaftsbürokratie und das sog. Bündnis für Arbeit unterdrückt wurde.

Unternehmensentlastung

Eine Methode zur Überwindung des objektiven Falls der Profitrate ist für das Kapital die Senkung von Löhnen und sog. Lohnnebenkosten. Dies soll dann wieder „Wachstum und Beschäftigung“ bringen. Die Frage stellt sich aber, wohin dieses Lohndumping führen soll? Etwa nach Manchester von 1860?

Außerdem zeigen die Erfahrungen, dass diese Argumentation schlichtweg falsch ist. So haben die Gewerkschaften bereits in der Vergangenheit Reallohnverluste hingenommen, ohne dass es etwas genützt hat. Immer ist das Gegenteil eingetreten. Die Gewinnspanne in Zeiten der Überproduktion, durch Senkung der Lohnkosten zu sanieren ist blanker Unsinn.

Erschließung neuer Märkte durch Aneignung frei zugänglicher Ressourcen

Eine zweite Methode ist die Erschließung neuer Märkte. Dabei ist nicht ausschließlich der kriegerische Weg gemeint. Eine andere Möglichkeit ist für das Kapital, in einen neuen Produktionssektor einzudringen.

Der Handel mit Dienstleistungen erweist sich als wahre Goldgrube. So ist der Umfang der Ausgaben für das Gesundheitswesen weltweit bei ca. 3,5 Billionen US\$ zu beziffern.

Vormals staatliche Dienstleistungen wie Bildung oder Gesundheit sollen daher nun privatwirtschaftlich ausgebeutet werden. Gesundheit oder Bildung sind dabei nicht mehr soziale Rechte, sondern Waren, die den kapitalistischen Marktimperativen unterliegen. Das GATS-Abkommen der WTO sollte diese Privatisierungen auf globaler Ebene für immer zementieren. Das Abweichen einzelner Staaten von der Linie würde dann mit harten Sanktionen bestraft. Das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancun (Mexiko) ist ein Glücksfall für alle die gegen dieses Vorhaben gekämpft haben.

Trotzdem geht die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen auf nationalstaatlicher Ebene weiter.

Vorraussetzung für die Privatisierung

und die Herstellung eines Dienstleistungsmarktes ist die Zerschlagung öffentlicher Systeme. Denn wer bezahlt schon für etwas was auch kostenlos zu haben ist? Daher geschieht die Zerstörung von öffentlichen Einrichtungen nicht nur auf Grund der (künstlich forcierten?) Haushaltsnotlage, sondern aus rein marktwirtschaftlichen Interessen.

Noch ungenügende Gegenwehr

Der zweite Grund für die aktuellen Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme ist der noch ungenügende Widerstand seitens der Lohnabhängigen. Jahrzehnte des Kompromisseschließens und der Demobilisierung haben die Kampfkraft geschwächt.

Doch dies ändert sich bereits rasant. Am 1.11. haben unerwartet über 100.000 Menschen gegen Schröders Agenda 2010 demonstriert. Damit ist der Knoten geplatzt. Der Entwicklung einer breiten gesellschaftlichen Bewegung gegen sozialen Kahlschlag steht nichts mehr im Wege.

Selbst den Gewerkschaftsfunktionären beginnt es langsam zu dümmern: Wenn sie diesem Schauerspiel weiterhin tatenlos zusehen, drohen Deutschland binnen kürzester Zeit ähnliche soziale Zustände wie in den USA oder England. Hier zahlt man bereits zehntausende Euros Studiengebühren; fast 5% der Bevölkerung sitzt im Knast und bei einer etwas heftigeren Grippewelle sind die Krankenhausbetten und Leichenhallen überfüllt, weil die Versorgung großer Teile der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist.

Soziale Opposition formieren

Generalstreiks oder Aktionen des massenhaften zivilen Ungehorsams ähnlich wie in Frankreich, Italien oder seit Kurzem auch Österreich müssen die Antwort auf diese Politik sein. Dabei ist es mittlerweile egal, ob diese Regierung Rot-Grün ist oder Schwarz-Gelb. Nur die längerfristige Verknüpfung der verschiedenen sozialen Proteste, der Bewegungen und politischen Parteien kann zu einer authentischen gesellschaftlichen Gegenmacht führen. Die konsequente Solidarisierung von Studierenden mit den Arbeitskämpfen ist dafür die

Vorraussetzung.

Die Bildung lokaler und überregionaler Sozialforen nach dem Vorbild des *European Social Forum* in Florenz oder des WSF in Porto Allegre kann den sozialen Widerstand auch in den einzelnen Regionen auf ein höheres Niveau heben. In Berlin existiert bereits ein Initiativkreis aus verschiedenen Organisationen (Anti-Hartz-Bündnis, attac, Ini Berliner Bankenskandal u.a.) und Einzelpersonen für ein Berliner Sozialforum. Wir als Studierende sollten hier die Verbindung aufnehmen. Im Frühjahr soll es einen europäischen Aktionstag gegen den Sozialabbau geben. Große gesellschaftliche Gruppen haben jetzt schon zugesagt diesen Tag zu unterstützen. Bei diesem Protest werden in Berlin eine halbe Million Menschen erwartet.

Mit dem Streik haben wir die Chance uns als nennenswerte politische Kraft in die allgemeine Bewegung gegen den Sozialabbau einzureihen. Die Besetzung der Gebäude verstärkt unsere Möglichkeiten. Wir schaffen einen Raum, wo Widerstand koordiniert, Ideen ausgetauscht und Aktionen geplant werden können. Mit alternativen Veranstaltungen können wir neue Perspektiven für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel produzieren.

Forderungen:

- volle öffentliche Ausfinanzierung aller benötigter Studienplätze
- Gleichenberechtigten Zugang zu Hochschulen für alle, d.h Verbot von Gebühren und Einführung von Stipendien für sozial Schwache!
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer und gerechte Besteuerung von Konzernen und Banken

Für eine offene Uni!

Kein Sozialabbau – Nirgends!

**isl
internationale sozialistische linke**

isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de

